

DAS DEZA-MENSCHENRECHTSPROGRAMM IN HONDURAS: EIN SCHUTZSCHILD FÜR DIE SCHWÄCHSTEN



Selbst Mona Lisa greift zum Colt: Kommentar eines anonymen Künstlers zum Irrsinn der Gewaltspirale in Tegucigalpa.

Honduras ist das Land mit der weltweit höchsten Gewalttrate. Auf 100'000 Einwohner kommen 80 Morde pro Jahr – mehr als in manch kriegführenden Ländern. Alle leiden unter der Gewalt. Doch die Armen trifft es doppelt: Mehr als 85% der Opfer stammen aus der Unterschicht. Zudem werden zur Bekämpfung der Gewalt staatliche Mittel vom Sozialbereich in den Sicherheitssektor umgelenkt. So bremst die Gewalt auch die soziale Entwicklung des Landes. Wie hat die DEZA darauf reagiert? In Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) werden seit 2011 auf mehreren Ebenen des Staates und der Gesellschaft die Menschenrechte gestärkt. Das Programm hat die Weichen gestellt für das UN-Menschenrechtsbüro, das 2015 in Honduras seine Arbeit aufnimmt und von der DEZA massgeblich mitfinanziert wird.

Tegucigalpa. Seit dem Sturz des linksliberalen Präsidenten Manuel Zelaya 2009 stand Honduras auf der «schwarzen Liste» der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH). Der Bruch der verfassungsmässigen Ordnung hatte die

Gesellschaft polarisiert, die Institutionen geschwächt und das Land zum Paria gemacht. Nach den Neuwahlen normalisierte sich die Situation nur schleppend: erst 2011 kehrte Honduras als vollwertiges Mitglied in die internationale Staatengemeinschaft zu-

rück; Gewaltkriminalität, Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit blieben auf alarmierendem Niveau. Die Schweiz misst deshalb der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit Priorität zu. Eckpfeiler des 2011 begonnenen und jährlich mit zwei Millionen Franken ausgestatteten Menschenrechtsprogramms sind die Stärkung einer transparenten Justiz, die Reform des Strafvollzugs, die Unterstützung von Minderheiten und Schutzmechanismen für bedrohte Aktivisten. Diese Bereiche gelten als Schlüssel für eine friedlichere und sozial gerechtere Entwicklung. Umgesetzt wird das Programm in Zusammenarbeit mit dem UNO-Entwicklungsprogramm und den nationalen Behörden und Vertretern der Zivilgesellschaft.

EINE ZWEITE CHANCE FÜR STRAFFÄLLIGE JUGENDLICHE

Wer in Honduras eine Zeitung aufschlägt, wird mit blutigen Schlagzeilen konfrontiert: «Taxifahrer hingerichtet», «Polizei nimmt jugendliche Auftragsmörder fest». Die Gewalt schwebt wie ein Damoklesschwert über der Bevölkerung. Gewalt wenden routinemässig nicht nur Drogenkartelle, Jugendbanden und Ordnungshüter auf Abwegen an. Auch innerfamiliäre Dispute und Streit unter Nachbarn werden gewaltsam geregelt in einem Land, indem die Justiz versagt und die Leute nicht gelernt haben ihre Konflikte friedlich zu lösen.

«Ein Irrsinn», urteilt Anny Belinda Ochoa. Die 38jährige Jugendstrafrichterin hat vor kurzem einen von der DEZA unterstützten Menschenrechtskurs für Justizangestellte absolviert. Der Kurs hat sie bestärkt, dass alternative Rechtsmittel der richtige Weg sind. Sechs Anhörungen hat sie heute terminiert. Neben ihr sitzen Juan und Sebastián. Juan nestelt nervös an seinen Armbändchen, Sebastián schaut betreten auf den Boden. «Versuchter Raubüberfall» lautet die Anklage gegen die 15- und 16-jährigen Kumpel. «Wir hatten nicht alle sieben Sinne beisammen», murmelt Juan. Alkohol, Marihuana? Sie schweigen, haben gelernt, dass alles, was sie sagen, zu ihren Lasten ausgelegt wird. In ihren Kreisen gilt der Staat als Feind. Beide sind Schulabbre-



Jugendstrafrichterin Anny Belinda Ochoa: Jugendlichen eine zweite Chance geben, bringt der Gesellschaft mehr als harte Strafen.

cher, Söhne alleinerziehender, arbeitender Mütter. Sie leben in einem ärmlichen Vorort, der von Jugendbanden terrorisiert wird. Laut Gesetz könnte Ochoa die beiden zu Haftstrafen verurteilen. Doch das tut sie nicht. Stattdessen müssen sie sich entschuldigen, Sozialarbeit leisten, die Schule oder eine Berufsausbildung absolvieren und sich alle zwei Wochen beim Gericht melden. Den Müttern redet sie ins Gewissen, besser auf ihre Jungs aufzupassen. Alle sechs Anhörungen an diesem Morgen enden mit solchen alternativen Strafen. «Wenn ich sie ins Gefängnis stecke, ist eine kriminelle Laufbahn vorprogrammiert», sagt Ochoa. «So bekommen sie noch eine Chance.»

FÜR HUMANERE ZUSTÄNDE IN DEN GEFÄNGNISSEN

Juan ist traumatisiert. Während seiner zweimonatigen Untersuchungshaft wurde er geschlagen und musste Folter miterleben. Die Zustände in den Gefängnissen sind haarsträubend: Doppelt bis dreifach überbelegt, ohne minimale Hygienestandards, ganz zu schweigen von Rehabilitationsmassnahmen. Morde, Schiessereien und Gefängnisbrände kommen immer wieder vor. Häftlinge haben keine Lobby. Über ein Drittel werden nach der Entlassung wieder straffällig. «Gesellschaft und Politik haben sie abgeschrieben», sagt Alba Mejía vom zivilgesellschaftlichen Komitee gegen Folter. Zusammen mit der Anwältin Odalis Nájera von der staatlichen Kommission zur Prävention von Folter und unmenschlicher Behandlung besucht sie regelmässig die 24 Haftanstalten des Landes, heute Támara, 25 Kilometer ausserhalb der Hauptstadt. Beide Organisationen werden von der DEZA unterstützt.

Im Sektor «Vereinigtes Königreich» sitzen 65 ehemalige Bandenmitglieder. Einer davon ist Marlon. Mit 22 wurde er wegen Autodiebstahls und Bandenkriminalität eingeliefert. Inzwischen ist er 32 und bedauert seine Jugendsünden. «Hier leben wir im Auge des Hurrikans», erzählt der Mann mit den tätowierten Unterarmen im Innenhof, der mit Wäsche vollgehängt ist. Am Eingang und auf der Mauer schieben Häftlinge Wache: «Wir sind auf der Hut. Die Insassen des Nachbarsektors werfen manchmal Granaten oder schiessen auf uns», erläutert Marlon.



Im Einsatz für korrekte Haftbedingungen: Eine Mitarbeiterin der Anti-Folter Kommission hält Sprechstunde im Gefängnis von Támara.

«Ich habe eine kollabierte Anstalt geerbt. Von hier aus organisierten die Bandenchefs Drogengeschäfte und ordneten Entführungen und Morde an», sagt der Gefängnisdirektor, Oberstleutnant Guillermo Sandóval. Dann geht er zusammen mit Nájera eine lange Liste von Anliegen durch: Die Abwasserdrainage ist defekt und hüllt das Gefängnis in eine stinkende Wolke. Der Staat schuldet der Servicefirma Geld, die das Essen liefert. Zwei neue Jugendbanden brauchen einen eigenen Sektor, da sie sonst von den anderen Häftlingen massakriert werden. Ein Schwerkranker muss ins Krankenhaus verlegt werden. Nicht alles wird sofort gelöst, aber manche Probleme werden dank dem Einsatz der beiden Organisationen entschärft. Nebst humanitären Verbesserungen unterstützt das DEZA-Programm auch eine umfassende Reform des Strafvollzugs. Eine mit nationalen und internationalen Experten erarbeitete Strategie wartet nun auf die Umsetzung durch die Regierung.

«DEN STAAT IMMER WIEDER AN SEINE VERPFLICHTUNGEN ERINNERN»



Gespräch mit **Walter Reithebuch**, stellvertretender Leiter des DEZA-Kooperationsbüros, zuständig für Menschenrechte und Gewaltprävention.

Herr Reithebuch, welche Bilanz ziehen Sie nach vier Jahren Menschenrechtsprogramm in Honduras?

Ziel ist es die Rechtsstaatlichkeit zu verbessern. Das ist ein langwieriger Prozess. Bei den honduranischen Behörden mussten wir erst das Bewusstsein wecken für die Menschenrechtslage und Vorschläge für Verbesserungen einbringen. Wir sind vorangekommen. Es gibt jetzt erstmals einen Nationalen Plan für Menschenrechte und ein Grundlagenpapier gegen Diskriminierung und Rassismus. Ebenso eine Strategie für die Gefängnisreform.

Das ist die Theorie. Wie sieht es in der Praxis aus?

Die Herausforderung ist diese Reformen umzusetzen. Der Staat und seine Ministerien sind gefordert. Ebenso wichtig ist die

lokale Verankerung der neuen Gesetze. In einigen Gemeinden werden Pilotprojekte umgesetzt.

Zusammen mit dem UN-Entwicklungsprogramm hat die DEZA ja selbst schon einiges in Angriff genommen. Wo waren Sie erfolgreich?

Wichtig ist die Stärkung der Justiz. Einen Beitrag leisten die Menschenrechtskurse für Justizbeamte. Eine erste Gruppe hat den Kurs absolviert, und die Echos sind positiv. Auch gibt es erstmals ein Menschenrechtshandbuch für Staatsanwälte, das juristische Prozeduren und Protokolle standardisiert. Eine gute Sache ist auch die Begleitung von Menschenrechtsaktivisten, die wir zusammen mit Peace Brigades International (PBI) und Peace Watch Switzerland (PWS) unterstützen. Es ist erstaunlich, wie effizient bedrohte Menschenrechtler geschützt werden können, wenn ausländische Beobachter sie begleiten. Bedeutsam ist auch durch die Unterstützung von heimischen Bürgerorganisationen. Sie haben viel Wissen und Ideen, um den Rechtsstaat zu stärken, aber oft zu wenig Mitsprachemöglichkeiten.

Wo sehen Sie Schwierigkeiten?

Der honduranische Staat hat eine Unzahl von Problemen zu lösen. Menschenrechte haben nicht erste Priorität. Nötig ist ein Paradigmenwechsel von einem autoritär-repressiven zu einem bürgernah-präventi-

ven Sicherheitsmodell. Den wollen wir mit unserem Engagement unterstützen. Die Lage ist komplex. Einerseits gibt es sachte Reformschritte. Andererseits stellen wir mit der Schaffung der Militärpolizei eine Militarisierung der Sicherheit fest. Für einen echten Wandel braucht es viel Zeit und beharrliches Engagement. Problematisch ist auch die Politisierung der Institutionen. Kompetente Leute werden von heute auf morgen versetzt. Es fehlt ein Berufsbeamtentum, damit mehr Kontinuität und Kompetenz in die staatlichen Institutionen einziehen kann.

2015 eröffnet die UNO ein Menschenrechtsbüro in Honduras. Die DEZA unterstützt dieses Büro massgeblich. Was erwarten Sie davon?

Die Regierung hat die Eröffnung des UN-Menschenrechtsbüros angeregt. Es freut uns, dass die Behörden erkannt haben, dass die Menschenrechtslage verbessert werden muss. Das UN-Menschenrechtsbüro hat zwei Hauptaufgaben: erstens die Berichterstattung zur Menschenrechtslage und zweitens der Dialog mit Regierung und Zivilgesellschaft, damit die Menschenrechte besser geschützt und die Straflosigkeit wirksamer bekämpft werden. Es ist Aufgabe des Büros und der ganzen internationalen Gemeinschaft den Staat immer wieder an seine Menschenrechtsverpflichtungen zu erinnern.



Windmühlen mitten im Wohngebiet: die Profite gehen an private Unternehmer, den Preis bezahlt die Lenca-Gemeinde von El Cruce, die ihr Land zu Spottpreisen verpachten musste.

DAMIT MINDERHEITEN NICHT UNTER DIE RÄDER KOMMEN

Auch Santiago Flores ist ein Vorkämpfer für Menschenrechte. Der Anwalt gehört dem indigenen Stamm der Miskitos an und ist spezialisiert auf ethnische Minderheiten. In El Cruce, einer kleinen Gemeinde ausserhalb Tegucigalpas, berät er 250 Nachfahren der Lenca Ureinwohner. Auf ihrem Land hat eine costaricanische Firma 2012 die grösste Windkraftanlage Mittelamerikas gebaut: 54 Windräder speisen 120 Megawatt in das nationale Stromnetz ein. Das Haus des Dorfvorstehers Alfredo Varela steht nur 120 Meter von den Windrädern entfernt. Als die Windräder versenkt wurden, zitterte der Boden und die Wände seines Ziegel-Lehm-Hauses rissen ein. Die Bagger zerpflegten den frisch ausgesäten Acker seines Nachbarn; auf dem Fussballplatz der Gemeinde wurde

die Umspannstation errichtet. Spätestens da wurde dem 42-jährigen klar, dass nicht alles so rosig war, wie die Ingenieure den Einwohnern versprochen hatten.

Die Gemeindemitglieder von El Cruce haben ihr Land auf Druck hin für wenig Geld verpachtet, in der Hoffnung auf Strassen und Landtitel, die die Firma in Aussicht stellte. Doch nichts geschah. «Wir bekommen nur Brosamen», schimpft eine Nachbarin. Nicht einmal der Strom sei billiger geworden, weder Arbeitsplätze noch Stipendien für die Jugendlichen gebe es. Die Firma erklärt, dafür sei der Staat zuständig. Flores rät Varela, El Cruce als indigene Gemeinschaft zu registrieren, um die Forderungen legal zu untermauern.

71 Prozent der Honduraner gelten laut Weltbank-Kriterien als arm. Sie wissen kaum Bescheid über ihre Rechte, und haben weder Geld noch Zeit, diese einzufordern. Deshalb ist die Rechtsberatung durch Anwälte wie Flores wichtiger Bestandteil des DEZA-Programms. «In Honduras sind viele Megaprojekte geplant», erläutert Walter Reithebuch, stellvertretender DEZA-Koordinator. Konflikte sind vorprogrammiert. Damit die Rechte der Schwächeren und Minderheiten respektiert werden, ist die Arbeit der Menschenrechtsanwälte so wichtig.



Menschenrechtsanwalt Santiago Flores berät die Bürger von El Cruce wie sie ihre Rechte verteidigen können.

SCHUTZ FÜR BEDROHTE JOURNALISTEN UND BÜRGERRECHTLERINNEN

Wer sich in Honduras für Menschenrechte engagiert, hat keinen leichten Stand. Menschenrechtler und Journalisten, die unbequeme Wahrheiten aufdecken und zum Sprachrohr werden für Schwächere, geraten ins Fadenkreuz der Mächtigen. Alleine im Vorjahr wurden fünf Menschenrechtsanwälte und sieben Journalisten ermordet. Fast nie werden die Morde aufgeklärt. Die Straffreiheit sei inakzeptabel, befindet der UN-Berichterstatler für Meinungsfreiheit, Frank La Rue, und fordert dringend stärkere staatliche Schutzmassnahmen. Die Programme existieren nur auf dem Papier. Deshalb unterstützt die DEZA zivilgesellschaftliche Organisationen wie Peace Watch Switzerland PWS und Peace Brigades International PBI, die in die Bresche springen und bedrohte Menschenrechtsverteidiger begleiten.

Valéry Elsig ist seit einem Jahr für PBI in Honduras im Einsatz. Die Biologin aus Lausanne fungiert als eine Art menschliches Schutzschild für eine bedrohte Journalistin und exponierte Mitarbeiter des Zentrums für Gemeindeentwicklung. Die Organisation unterstützt landesweit Bauerngemeinden, die sich für eine ökologische Entwicklung einsetzen und sich gegen Megaprojekte wehren. Mitglieder des Netzwerks haben Todesdrohungen erhalten, einige wurden ermordet. Deshalb begleitet die Freiwillige die Aktivisten bei Aussenterrinen in gefährlichen Gegenden.

«Wir wissen, dass uns niemand hundertprozentig schützen kann, aber Valéry ist für uns eine wichtige Stütze», sagt José-Luis Espinoza vom Zentrum. Ihr weisses T-Shirt mit den grossen, grünen Lettern signalisiert «Achtung, hier schaut das Ausland zu!» – und das schreckt oft mehr ab, als bewaffnete Bodyguards. Zu Elsig's Aufgabe gehört auch die internationale Lob-



Internationale Aufmerksamkeit schafft Schutz für honduranische Menschenrechtsverteidiger: Valéry Elsig von Peace Brigades International begleitet José-Luis Espinoza vom Zentrum für Gemeindeentwicklung.

byarbeit. Über Internet und Solidaritätsnetzwerke verbreitet sie Neuigkeiten über die Fälle, die das Zentrum für Gemeindeentwicklung betreut. «Mich fasziniert das Konzept der gelebten Solidarität», erzählt sie. «Es ist einfach, billig, und nimmt enormen Druck von den Bedrohten».

All diese Erfahrungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure wurden vom DEZA-Menschenrechtsprogramm zusammengetragen und systematisiert im Rahmen des ersten Nationalen Plans für Menschenrechte. Der 2014 publizierte Bericht formuliert Ziele und definiert Massnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Menschenrechtslage. Nun ist die Regierung am Zuge. Einige Empfehlungen wurden bereits in Angriff genommen wie der Bau neuer, moderner Gefängnisse. Anhaltende internationale Begleitung ist Reithebuch zufolge notwendig für die Fortsetzung der Reformen. Dies sieht auch die honduranische Regierung so. Auf Einladung der Regierung eröffnet das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte 2015 ein Länderbüro in Honduras mit nationalen und internationalen Experten. Die Menschenrechtsarbeit in Honduras erhält so noch mehr Profil. Die Schweiz leistet, zusammen mit den USA, den finanziellen Hauptbeitrag. Mit dem Menschenrechtsprogramm hat die DEZA den Grundstein für eine erfolgreiche Mission gelegt.

IMPRESSUM

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130, CH-3003 Bern

Abteilung Lateinamerika und Karibik
Tel. +41 58 462 34 41
cosude.amlat@eda.admin.ch

Fotos: Sandra Weiss; Thomas Jenatsch/Cosude

Weitere Informationen:
www.eda.admin.ch/honduras

Diese Publikation ist auch auf Englisch, Französisch und Spanisch erhältlich